

Kirchengesetz betreffend die kirchliche Aufsicht über die Vermögensverwaltung der Kirchengemeinden

Vom 18. Juli 1892¹

(KGVBl. 1893 S. 9)

Auszug

§ 1

Die Beschlüsse der kirchlichen Gemeindeorgane in Vermögensangelegenheiten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der kirchlichen Aufsichtsbehörde in folgenden Fällen:

1. bei dem Erwerbe, der Veräußerung oder der dinglichen Belastung von Grundeigentum², soweit der Erwerb nicht im Falle einer Zwangsversteigerung zur Sicherung in das Grundbuch eingetragener kirchlicher Forderungen notwendig ist;
2. bei der Veräußerung von Gegenständen, welche einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder Kunstwert haben³;
3. bei Anleihen, soweit sie nicht bloß zu vorübergehender Aushilfe dienen und aus den laufenden Einnahmen derselben Voranschlagsperiode zurückerstattet werden können⁴;
4. bei der Einführung und Veränderung von Gebührentaxen⁵;
5. bei einer Verwendung des kirchlichen Vermögens zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken⁶ mit Ausnahme solcher Bewilligungen aus der Kirchenkasse an andere Gemeinden oder zur Unterstützung evangelischer Vereine und Anstalten, welche einzeln 2 % und im Gesamtbetrage eines Voranschlagsjahres 5 % der Soll-einnahme nicht übersteigen;
6. bei Einführung eines neuen und Abänderung des bestehenden Verteilungsfußes der Kirchenumlagen;
7. a) bei Bewilligungen aus der Kirchenkasse zur dauernden Verbesserung des Einkommens der bestehenden Stellen für den Dienst der Gemeinde;

¹ Dieses Kirchengesetz ist z.Z. noch in Kraft; ein Teil seiner Bestimmungen ist überholt, ein anderer Teil ist in die Verwaltungsordnung eingearbeitet.

² Siehe auch § 31 Verwaltungsordnung (Nr. 800).

³ Siehe auch § 48 Verwaltungsordnung (Nr. 800).

⁴ Siehe auch §§ 57 ff. Verwaltungsordnung (Nr. 800).

⁵ Siehe auch § 53 Verwaltungsordnung (Nr. 800).

⁶ Siehe auch § 14 Verwaltungsordnung (Nr. 800).

- b) bei dauernder Verminderung solcher auf der Kirchenkasse haftenden Bewilligungen;
 - c) bei Auseinandersetzungen über das Vermögen vereinigter Kirchen- und Schulstellen;
 - d) bei Verwandlung veränderlicher Einnahmen der Kirchenbeamten in feste Hebungungen oder
 - e) bei Umwandlung von Naturaleinkünften in Geldrente, letzteres soweit nicht die Umwandlung in dem durch die Staatsgesetze geordneten Ablösungsverfahren erfolgt;
8. a) bei Neubauten oder beim Abbruch vorhandener Gebäude¹,
- b) bei Reparaturen gottesdienstlicher Gebäude, wenn dadurch die bauliche Grundgestalt oder die künstlerische Ausstattung des Gebäudes geändert wird¹,
und
- c) bei Reparaturen der für die Geistlichen oder andere Kirchendiener bestimmten Gebäude, sofern sie nicht im Einverständnis mit dem berechtigten Stelleninhaber erfolgen;
9. bei Verpachtung und Vermietung von Kirchengrundstücken auf länger als 12 Jahre, der Verpachtung oder Vermietung der den kirchlichen Beamten zur Nutzung oder zum Gebrauch überwiesenen Grundstücke über die Dienstzeit des jeweiligen Inhabers hinaus, oder wenn ein Kirchengrundstück an eine an der kirchlichen Vermögensverwaltung oder an der Aufsicht darüber beteiligte Person verpachtet oder vermietet werden soll²;
10. bei Ausleihung kirchlicher Gelder auf Hypothek oder Grundschild,
a) wenn das Kapital 1000,- DM³ übersteigt oder
b) nicht zu erster Sicherheit oder
c) an eine an der kirchlichen Vermögensverwaltung oder an der Aufsicht darüber beteiligte Person ausgeliehen werden soll;
11. bei Verwendung von Kapitalbeständen für laufende Bedürfnisse;
12. bei außerordentlichen Ausgaben, welche den von der kirchlichen Aufsichtsbehörde für die Kirchengemeinde festgesetzten Betrag übersteigen.

Ausgaben sind außerordentliche im Sinne dieser Vorschrift, wenn sie weder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung notwendig noch schon bisher nach bestimmten von der

¹ Siehe auch § 43 Verwaltungsordnung (Nr. 800).

² Siehe auch § 34 Verwaltungsordnung (Nr. 800).

³ Betrag entspricht 511,29 €

Aufsichtsbehörde ausdrücklich oder stillschweigend gebilligten Grundsätzen geleistet sind.

